

ethischem Gehalt und an Überzeugungskraft mit der Zielsetzung »weder rot noch tot« aufnehmen kann.

So kann man Schwager nicht folgen, wenn er meint, es gäbe keinen sachlichen Grund, den Weg der einseitigen Abrüstung nicht zu beschreiten. Seine Vorschläge gehören zu jenen »fausses idées claires«, von denen Toqueville spricht.

IV

Die Gegenprobe

Da die Prämissen nicht bewiesen werden konnten, kann auch die mit unzulässigen Vereinfachungen arbeitende Gegenprobe von Raymund Schwager nicht zu neuen Erkenntnissen führen.

Man könnte auf eine Auseinandersetzung mit ihren Thesen verzichten, fände man darunter nicht eine Beurteilung des Wesens und der Folgen einer kommunistischen Beherrschung, die erschrecken muß.

Die Versklavung von einigen Hundertmillionen Menschen und die Vernichtung der wenigen noch vorhandenen freiheitlich-demokratischen Staaten als »relatives Übel« zu bezeichnen, das man einer unbewiesenen Ideologie zuliebe in Kauf nehmen könnte, verrät eine Einstellung, die der kritischen Würdigung von Theologen, Philosophen, Völkerrechtlern und Politikern bedarf.

Der Hinweis sei gestattet, daß diese Haltung kaum mit der Aussage des Konzils vereinbar erscheint, daß die Anerkennung der prinzipiellen Gewaltlosigkeit abhängig gemacht hat von der Voraussetzung, »daß dies ohne Verletzung der Rechte und Pflichten anderer oder der Gemeinschaft möglich ist«.

GLOSSEN

GASTARBEITER: GHETTO ODER BÜRGER? – Existenz und Zukunft der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland treten in letzter Zeit immer stärker ins öffentliche Bewußtsein. Als die ersten Gruppen vor mehr als zwei Jahrzehnten ins Land kamen, galten sie als eine Art arbeitstechnische Nothilfe für einen durch starkes Wirtschaftswachstum leergefegten Arbeitsmarkt. Das Wort »Gastarbeiter« drückte dabei das aus, was beide Seiten meinten – nämlich Arbeit auf Zeit, das heißt mit anschließender Rückkehr in die jeweiligen Heimatländer.

Allen wesentlichen Interessen schien damit auf beiden Seiten gedient zu sein: Entlastung des Arbeitsmarktes in den entsendenden Heimatländern, regelmäßiger Geldtransfer an die zurückgebliebenen Familien

aus den vergleichsweise hohen deutschen Löhnen, Ausbildung und Arbeitserfahrung an den Produktionstechniken eines hochentwickelten Industrielandes und deren eigene spätere Anwendung im eigenen Land als gleichsam persönliche Entwicklungshilfe. Ein anscheinend problemloser Kreislauf also, ohne – wie es damals schien – gesellschaftliche, soziale, politische oder kulturelle Probleme.

Von drohender Entfremdung, Ghettobildung oder gar Integration in die bundesrepublikanische Gesellschaft konnte nicht die Rede sein – jedenfalls nicht als akutes Massenproblem. Frauen und Kinder waren zu Hause geblieben und sollten es ursprünglich auch bleiben, da niemand an Trennungszeiten dachte, die bei regelmäßigem Urlaub unzumutbar erschienen wären. Das heißt,

mehr als Behausung und ein auf den Arbeitsvollzug bezogener Deutschunterricht einschließlich der vertraglich zugesicherten sozialen Betreuung waren nicht beabsichtigt und schienen kaum notwendig zu sein.

Mit ständig steigendem Bedarf wuchsen jedoch die Zahlen und damit die Dauer der kontinuierlichen Anwesenheit, bis zwischen 1960 und 1961 die erste kritische Schwelle überschritten war. Mit dem Bau der Mauer versiegte plötzlich der Strom der Flüchtlinge aus der DDR, und die Zahl der Gastarbeiter verdoppelte sich in Jahresfrist von 280 000 auf über eine halbe Million.

Aus den anfänglich isolierten Arbeitskolonien waren inzwischen multinationale Familiengruppen entstanden, aus begrenzten und befristeten Hilfskräften nunmehr gesellschaftliche Minderheiten in Millionestärke, die sich zunehmend nicht mehr als Gäste, sondern allmählich als Einwanderer verstanden. Diesem Trend wirkt seit inzwischen schon fünf Jahren ein sinkender Bedarf der deutschen Wirtschaft an zusätzlichen Arbeitskräften entgegen. Der seitdem verhängte Einwanderungsstopp hat zwar die unmittelbar arbeitende Zahl nicht nur begrenzt, sondern durch erleichterte Rückkehr auch etwas verringert, durch längst unvermeidliche Familienzusammenführung wurde die Zahl der Gesamtgruppe aber fortlaufend verstärkt.

Die Szene hat sich also gründlich gewandelt, und zwar um so gründlicher, je länger wir die geraume Zeit erkennbaren Probleme verdrängt haben. Das heißt nicht, daß betroffene Unternehmen oder Verwaltungen untätig gewesen wären. Aber weder die Pläne noch die Mittel konnten bisher ausreichen, dieser Entwicklung insgesamt Herr zu werden – wohin man sie auch immer lenken wollte.

Mehr als eine knappe Skizze dieses in seiner Vielschichtigkeit fast schon undurchdringlichen Prozesses kann hier nicht versucht werden.

Zuvor die gegenwärtige Situation in einigen Zahlen, aus denen sich die Größenordnung der auf uns zukommenden Aufgaben – quantitativ und qualitativ – unschwer ablesen läßt:

Heute leben rund 1 Million Gastarbeiterkinder in der Bundesrepublik. Seit 1970 wurden über 600 000 ausländische Kinder in der Bundesrepublik geboren. 1975 betrug der Anteil von Ausländergeburten knapp 20 Prozent, in einigen Städten über 40 Prozent (Frankfurt, Offenbach, Stuttgart). Man rechnet zukünftig mit einer durchschnittlichen jährlichen Geburtenzahl von 130 000 Gastarbeiterkindern.

Das Bundesarbeitsministerium schätzt, daß Anfang 1977 noch knapp die Hälfte aller verheirateten Gastarbeitern ihre Familien im Ausland hatten. Zu diesem Zeitpunkt wurde für rund 1,1 Million im Ausland lebende Kinder Kindergeld gezahlt. Zusammen mit den etwa 300 000 zurückgebliebenen Ehegatten ergibt sich ein Nachzugspotential von 1,4 Millionen.

Die Entwicklung der Schülerzahlen ist entsprechend alarmierend:

1970/71: 159 000; 1975/76: 393 000;
1976/77: ca. 450 000.

Die Aufgliederung der Gastarbeiter nach Altersklassen zeigt zwei besondere Merkmale: Die Gruppe der 21- bis 35jährigen liegt mit rund 37 Prozent weit an der Spitze. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Heirat, Kinder) wird hierdurch positiv beeinflusst. Der Anteil der über 65jährigen (deutsche Bevölkerung über 16 Prozent) liegt bei knapp 2 Prozent. Die Rentenprobleme sind also vorprogrammiert.

Die zahlenmäßige Entwicklung der Ausländer ist insbesondere bei den Türken problematisch. Eine Übersicht des Landes Nordrhein-Westfalen vom 30. 9. 1977 zeigt: bei 153 000 Männern betrug die Zahl der Frauen 93 000 und die der Kinder 146 000. Bei keiner anderen Gruppe lag die Zahl der Männer und Kinder so dicht beieinander.

Ogleich über 600 000 Ausländer bereits mehr als 10 Jahre in der Bundesrepublik leben und damit die Möglichkeit zur Einbürgerung haben, werden jährlich nur 10 000 Einbürgerungen durchgeführt, woran die Gastarbeiter nur zu einem Drittel beteiligt sind.

Die allgemeine Arbeiterlaubnis hat häufig eine von der Aufenthaltsgenehmigung abweichende Geltungsdauer. Sie wird in der

Regel für eine bestimmte Beschäftigung in einem bestimmten Betrieb erteilt.

Nach dem 30. 11. 1977 im Wege des Familiennachzugs in die Bundesrepublik eingereiste Ausländer erhalten grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis. Angesichts der Probleme für die jetzt bei ihren Familien in der Bundesrepublik lebenden Jugendlichen wird denen, die vor dem 1. 1. 1977 zu ihren Eltern in die Bundesrepublik eingereist sind, eine Arbeitserlaubnis erteilt.

Gastarbeiter haben unabhängig von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes einen Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis, wenn sie in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Geltungsdauer der Arbeitserlaubnis ununterbrochen eine unselbständige Tätigkeit rechtmäßig im Bundesgebiet ausgeübt haben. In diese sichere Rechtsposition wachsen immer mehr Arbeitnehmer, wodurch die arbeitsmarktpolitische Steuerung der Ausländerbeschäftigung begrenzt wird. Ehegatten und Kinder dieser Arbeitnehmer, die selbst mehr als fünf Jahre in der Bundesrepublik leben, haben den gleichen Rechtsanspruch.

Diese Größenordnungen zeigen in Verbindung mit den oft unter schwierigen Umständen erworbenen Rechtsansprüchen, daß hier ein Prozeß eingeleitet ist, der von großer Dauer sein wird und entsprechend dauerhafte Lösungen erfordert, wenn er noch berechenbar bleiben soll.

Wie sehen die Gastarbeiter eigentlich ihre eigene Lage am Arbeitsmarkt und wie schätzen sie ihre, vorerst natürlich noch losen Kontakte mit der Bevölkerung ein?

90 Prozent sind in unteren Lohngruppen beschäftigt. 69 Prozent der Männer und 79 Prozent der Frauen sind ungelernt bzw. angelernt. 95 Prozent sind mit dem Arbeitsplatz zufrieden. 75 Prozent haben ihn nicht gewechselt. Insgesamt bezeichnen über 70 Prozent der Gastarbeiter ihre eigene Situation in der Bundesrepublik als gut und sehr gut. Von den in die Heimat zurückgekehrten Türken würden 59 Prozent wieder in die Bundesrepublik kommen.

Die noch relativ große Zufriedenheit der Gastarbeiter in der Bundesrepublik kann bei einer Verschlechterung der wirtschaft-

lichen Entwicklung und Schwierigkeiten bei der Lösung der Schul- und Ausbildungsprobleme der nachwachsenden Generation jedoch zu schweren Konflikten führen.

Scheinbar verwirrend, aber im Grunde sehr kennzeichnend sind die Ergebnisse von Befragungen von Bundesbürgern nach ihrem Urteil über ausländische Arbeiter. Diejenigen, die häufige Kontakte mit Gastarbeitern haben, halten sie für »arm«, »höflich«, »etwas unbeholfen«, »bescheiden« und »arbeitsam« – also ein überaus positiver Eindruck. Der Teil der deutschen Bevölkerung, der praktisch keinen Kontakt zu Gastarbeitern hat, also keinerlei Erfahrungen mit ihnen sammeln konnte, urteilt dagegen überwiegend negativ und hält sie für »wenig ausdauernd«, »arbeitsscheu«, »unzuverlässig«, »leichtlebig« und »schmutzig«. Man kann nur hoffen, daß dieses ebenso dumme wie unwürdige Urteil in der Minderheit bleibt.

Ein Wort zur viel berufenen Kriminalität der Gastarbeiter. Das alte fatale Spiel mit dem Sündenbock funktioniert natürlich auch hier: der Fremde, der Andersartige, ist meist auch der schnell Verdächtige. Hier kommt noch eine notwendige Unterscheidung hinzu: nämlich zwischen Ausländern insgesamt und Gastarbeitern im besonderen.

Die weit verbreitete Ansicht, daß Gastarbeiter häufiger kriminell sind als Deutsche, ist in einer Untersuchung des nordrhein-westfälischen Justizministeriums widerlegt worden. Zwar ergibt sich bei einer Umrechnung des ausländischen Bevölkerungsanteils, daß ausländische Männer viermal häufiger wegen Kapitalverbrechen, also versuchten oder vollendeten Mordes oder Totschlags, verurteilt worden sind als deutsche Männer; trotzdem liegt insgesamt die Straffälligkeit der in Nordrhein-Westfalen lebenden Nichtdeutschen niedriger. Wichtige Ursachen sind: unter den Ausländern leben unterproportional wenig Frauen und ältere Männer, zwei Bevölkerungsgruppen, die allgemein wenig zur Kriminalität neigen. Wer diese Bevölkerungsstruktur berücksichtigt, kommt zu einem deutlich günstigeren Bild für die Ausländer. Deutlich niedriger liegt die Zahl der verurteilten Ausländer bei Straftaten gegen Personen,

den Staat, die öffentliche Ordnung, bei Diebstahl, Unterschlagung, Raub, Erpressung, ungefährlichen Delikten und Straßenverkehrsverstößen.

Die Befürchtung, daß die unzureichenden Bildungsmöglichkeiten der Gastarbeiterkinder und die darauf folgende Arbeitslosigkeit unter jugendlichen Gastarbeitern sich zu einem Potential zukünftiger Krimineller entwickeln könnte, ist dennoch nicht von der Hand zu weisen. Eine neuere Untersuchung über die Kriminalität junger Ausländer brachte folgende Ergebnisse: Kinder (7 bis 14 Jahre alt): Weit weniger Ausländer als Deutsche wurden als tatverdächtig von der Polizei registriert. Jugendliche (14 bis 18 Jahre alt): Die Kurve der Ausländer schnell hoch. Beispiel Stuttgart, dem Erfahrungen anderer Großstädte ähneln: Zwanzig Prozent der jugendlichen Ausländer wurden registriert, dagegen nur acht Prozent der deutschen Vergleichsgruppe. Heranwachsende (18 bis 21 Jahre alt): Ausländer und Deutsche liegen gleich auf. Gleich auf liegen auch Deutsche und Ausländer im Vergleich aller Jugendlichen unter 21 Jahren.

Wir haben gewiß keinen Anlaß, die Wirkungen unserer Schulen für die bürgerliche Erziehung heute zu überschätzen, denn sonst wäre ja die Jugendkriminalität bei unserer eigenen Bevölkerung nicht so hoch. Aber daß Schulen einen unersetzbaren Beitrag für die Berufs- und Lebenstüchtigkeit leisten, ist sicher unbestritten. Um so bedenklicher ist gerade auf diesem entscheidenden Feld die Lage der Gastarbeiterkinder.

Die Zahl der ausländischen Schüler hat sich im Schuljahr 1977/78 gegenüber dem Vorjahr um 30 000 erhöht. Der Anteil der Türken stieg in dieser Gruppe auf über 37 Prozent (1972/73 waren es noch knapp 24 Prozent). Dieser steigende Trend wird anhalten, da inzwischen jedes zweite, in der Bundesrepublik geborene Ausländerkind ein Türke ist.

Die Zahl der ausländischen Schulabgänger, die gegenwärtig bei 43 000 liegt, wird bis Ende der achtziger Jahre auf 80 000 ansteigen und dann wieder langsam abnehmen. Der starke Anstieg der ausländischen Schulabsolventen in der Bundesrepublik

wird erst dann seinen Höhepunkt erreichen, wenn der deutsche Schülerberg bereits wieder zurückgeht. Dies kann zu einer Verbesserung der Ausbildungssituation von Gastarbeiterkindern führen. Problematisch ist die relativ geringe Schulbesuchsquote, die gegenwärtig bei 70 Prozent liegt – bei einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg um 4 Prozent.

Von den etwa 170 000 Ausländern zwischen 15 und 19 Jahren, die nicht mehr im allgemeinbildenden Schulwesen waren, besuchten 1976/77 nur 35 Prozent berufliche Schulen (60 000). Schreibt man diese Größen fort, bleiben von den zukünftigen ausländischen Schulabsolventen bis 1985 knapp 300 000 ohne Berufsausbildung.

Verbesserungen im schulischen Bereich sind nur sehr schwer möglich. Einerseits entstehen in Ballungsgebieten und hier insbesondere in den Großstädten Ausländerviertel, die dazu führen, daß im Einzugsbereich der zuständigen Schulen der Anteil der Gastarbeiter bei über 50 Prozent liegt. Die Ghettobildung kann hier noch weiter verstärkt werden, wenn sich das bisher in Einzelfällen beobachtete Verhalten der Eltern von deutschen Kindern, die in derartige, von Gastarbeiterkindern »beherrschte« Schulen gehen mußten, ausbreitet: nämlich die Ummeldung auf Schulen in Wohngebiete, die nicht so stark von Gastarbeitern bestimmt sind.

Wir müssen uns natürlich darüber im klaren sein, daß die seelischen, schulischen und später dann beruflichen Schwierigkeiten dieser Kinder in ihren alten heimatlichen Umgebungen so vermutlich nicht entstanden wären. Sie sind die eigentlichen Opfer der Erwerbsentscheidungen ihrer Väter. Und so ist es auch durchaus verständlich, daß viele von ihnen aus ihren familiären und kulturellen Traditionen und Umgebungen nicht herausgelöst werden wollen, denn darin allein finden sie ja noch einen einigermaßen verlässlichen Halt. So wird die Ghetto-Situation auch zu einem kollektiven und individuellen Schutzraum. Aber während sie sich gleichsam in diesen national und emotional geschlossenen Gruppen noch ei-

nigermaßen geborgen fühlen, wächst natürlich zugleich die Fremdheit und damit die Spannung gegenüber der deutschen Bevölkerung. So fühlen sich beide wechselseitig gestört und nicht voll akzeptiert. Erst bei dieser höchst komplizierten Situation kann eine ernsthafteste Überlegung über Integrationsmöglichkeiten ansetzen.

Wir sprechen jetzt zwar von deutschen Verhältnissen, sollten dabei jedoch nicht übersehen, daß die große Mehrzahl der Probleme, soweit sie wirtschaftliche und soziale Ursachen und Folgen haben, in fast allen westlichen Industrieländern, die Gastarbeiter beschäftigen, annähernd übereinstimmend bestehen. Sicher unterscheiden sie sich jeweils durch ihr Sozialklima und die allgemeine Mentalität der heimischen Bevölkerung. Aber es ist eben auch ein europäisches und nicht nur ein deutsches Problem. Lösen müssen wir allerdings unsere Probleme selbst.

In allen Ausnahmeländern hat die Ausländerbeschäftigung wegen der voneinander abhängigen Arbeitsplätze Auswirkungen auf die vor- und nachgelagerten Bereiche, mithin also auch auf die von Einheimischen besetzten Arbeitsplätze;

überall stimmen Tätigkeitsmerkmale und Qualifikationsanforderungen der Arbeitsplätze von Einheimischen und Ausländern oft nicht überein. Ersetzung der Ausländer durch Einheimische ist kaum noch in größerem Umfang möglich, auch nicht durch Arbeitslose in nennenswertem Umfang.

Überall gibt es Branchen und Betriebe, die ohne Ausländer nicht mehr auskommen können. Das gilt in besonderem Maße für viele Dienstleistungsbereiche.

Überall sinkt die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer, während die Gesamtzahl der Ausländer relativ konstant bleibt oder noch steigt, weil viele Ausländer ihre Familien nachholen und die Zahl der in den Gastländern geborenen Kinder ausländischer Eltern zunimmt.

Überall konzentriert sich die ausländische Bevölkerung auf wenige Ballungsgebiete.

In keinem Aufnahmeland zeigt die soziale Integration der Ausländer bisher wirksame Fortschritte.

Überall sind die restriktiven Maßnahmen ähnlich motiviert: Belastung der sozialen Infrastruktur. Überfremdungsangst und Fremdenfeindlichkeit, Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze der einheimischen Arbeitskräfte.

Nirgendwo wollen die Regierungen die Rückkehr der Ausländer erzwingen;

wohl aber soll andererseits die freiwillige Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat durch gezielte Maßnahmen gefördert werden.

In allen Aufnahmeländern kommen ausländische Jugendliche, die in den Aufnahmeländern aufgewachsen oder in den letzten Jahren zugewandert sind, zunehmend ins erwerbsfähige Alter; werden sie nicht integriert, kommt es zur Bildung von Randgruppen.

In diesem Wort von der »Randgruppe«, die sich zuerst unter Jugendlichen bildet, aber dann die Gesamtheit erfassen und prägen kann, liegt die inzwischen bedrückende Gefahr.

Sie werden zu einer sozialen Zeitbombe. Die Bildungsmängel, der Sprachrückstand, das zivilisatorische Gefälle und der in seiner Tiefe kaum verstandene Kulturkonflikt zwischen verschiedenen Religionen und gesellschaftlichen Traditionen stellen beide Seiten vor kaum lösbare und jedenfalls nicht schnell lösbare Probleme. Die nationale Gruppenbildung ist die natürliche Reaktion einer Minderheit, die sich selbst dann nicht als gleichberechtigt empfinden würde, wenn sie es formal wäre. Millionen Schwarze in den USA liefern ein ernstes Beispiel dafür, daß legale Rechte noch lange nicht identisch sind mit auch bürgerlich durchsetzbarer Gleichstellung.

Eine überstürzte oder gar zwangsweise Integration würde zudem für mindestens eine Generation die völlige Entwurzelung bedeuten. Sich in zwei Kulturen beheimatet zu fühlen, gelingt seit je nur einer sehr kleinen, elitären Gruppe innerhalb aller Völker. Hier droht, wenn nicht Geduld und Behutsamkeit geübt werden, ein sehr gefährlicher Befund: sie werden Analphabeten in zwei Sprachen. Und das bedeutet mehr als die Sprache. Wir müssen davon ausgehen,

daß dieser Prozeß, den wir uns ja selbst aufgenötigt haben, unentrinnbar geworden ist. Natürlich stellt er nicht nur ein mentales oder psychologisches Problem dar und setzt auch auf unserer Seite eine Reihe von Maßnahmen voraus, die zwar umfangreich und kostspielig, aber im Prinzip vollziehbar sind: also eine erheblich verstärkte Infrastruktur mit Wohnungen, Schulen, Sozialdiensten und kulturellen Institutionen.

Das alles aber wird nicht gelingen ohne die grundsätzliche Bereitschaft, denjenigen, der neben der formalen Voraussetzung auch den ernststen Willen dazu hat, als Mitbürger zu akzeptieren, und zwar gerade auch dann, wenn er nicht mit allen Traditionen brechen will oder kann, aus denen er kommt. Nichts wäre törichter und zudem auch irrealer, als die Gewährung dieser Mitbürgerschaft erst dann zu bestätigen, wenn der Betroffene zu irgendeinem Datum X bereits alle Voraussetzungen geschaffen hat. Das wird er niemals können, wenn ihm unsere grundsätzliche Bereitschaft nicht vom Beginn an glaubhaft erscheint.

Wir sind gewiß kein Einwanderungsland – oder jedenfalls kein Einwanderungsland mehr. Im 19. Jahrhundert waren wir es im

größten Umfang und sicher nicht zu unserem Nachteil, wie etwa die Entwicklung des Ruhrgebiets zeigt. Die Motive waren damals im wesentlichen die gleichen: nämlich aus Verhältnissen auszuwandern, in denen kein sozialer Aufstieg möglich erschien, und dorthin zu gehen, wo neben den sozialen Chancen auch ein Stück politischer Freiheit verwirklicht werden konnte.

Zum Schluß ein ebenso alltägliches wie hoffentlich sehr gründliches Beispiel zum Nachdenken: In unseren Krankenhäusern vertrauen sich seit Jahren Tag für Tag zehntausende von deutschen Patienten tausenden von hier ausgebildeten Ärzten und Schwestern an, ohne offenbar Schaden an Leib und Seele zu nehmen. Das sollte auf längere Sicht unter den gleichsam normalen Bedingungen des Arbeitsmarktes unter bürgerlichen Existenzformen nicht möglich sein? Natürlich wird es auch Illusionen geben über die Schwierigkeiten und die Fristen des Prozesses – und nicht alle werden ihnen gewachsen sein. Um den redlichen Versuch allerdings kommen wir nicht mehr herum. Der Preis für das Scheitern wäre für beide Seiten zu groß.

Burghard Freudenfeld

Rudolf Schnackenburg, geboren 1914 in Kattowitz (Oberschlesien), lehrte zunächst (1952) an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Dillingen; (1955) an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Bamberg; seit 1957 ist er ordentlicher Professor für Neutestamentliche Exegese an der Universität Würzburg.

Leo Scheffczyk, geboren 1920 in Beuthen (Oberschlesien), ist ordentlicher Professor für Dogmatik an der Universität München.

Peter Schmidt, geboren 1945 in Gent (Belgien), 1971 zum Priester geweiht, ist seit 1973 Professor für Dogmatik am Bischöflichen Priesterseminar Gent. Den Beitrag auf Seite 23 übertrug aus dem Französischen Hans Urs von Balthasar.

Xavier Tilliette, geboren 1921, Jesuit seit 1938, doziert am Institut Catholique in Paris und an der Gregoriana in Rom. Den Beitrag auf Seite 40 übersetzte Hans Urs von Balthasar.

Roland Hill, geboren 1920 in Hamburg, lebt seit 1937 in London. Er ist Korrespondent mehrerer deutschsprachiger Zeitungen.

Bei dem Beitrag auf Seite 56 handelt es sich um den Text, den Hans Maier am 1. Oktober 1978 auf der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft in Bamberg vorgetragen hat.

Jan Bots, geboren 1930 in Amsterdam, Jesuit, lebt in Amsterdam und in Tegelen.

Heinz Trettner, geboren 1907 in Minden, trat 1925 in die Reichswehr ein. Nach dem Krieg, an dem er als Generalstabsoffizier und zuletzt als Divisionskommandeur teilnahm, war er zunächst kaufmännisch und im Verbandsleben tätig; er studierte später in Bonn Volkswirtschaft. 1956 trat er als Generalmajor in die Bundeswehr ein, aus der er 1966 als Generalinspekteur auf eigenen Wunsch ausschied.

Burghard Freudenfeld, geboren 1918 in Berlin, ist Honorar-Professor für politische Wissenschaften an der Universität München und Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.